

1.2. K P D

1.2.1. Organisation

Die Gründung der KPD erfolgte in der britischen Zone nach der Verordnung Nr.12 der britischen Militärregierung am 15. September 1945 auf Orts- bzw. Kreisebene.¹

Allerdings hatten sich schon vor der Erlaubnis der Militärregierungen zur Gründung von Parteien, Vertreter der Arbeiterparteien und antifaschistisch gesinnte parteilose Bürger in den „Antifaschistischen Ausschüssen“ gleich nach dem Einmarsch der Alliierten zusammengeschlossen.

In fast allen größeren Städten, vor allem in den Industriegebieten, konstituierten sich die Antifaschistischen Ausschüsse. Die Motive, die der Konstituierung dieser Ausschüsse zugrunde lagen, reichten von der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern bis zur Verfolgung ehemaliger Nationalsozialisten.²

Aus den Mitgliedern der antifaschistischen Komitees setzten sich die „Überleitungs- bzw. Stadtausschüsse“ zusammen.

Da die Verbindung der Basis der KPD zur Parteiführung in den letzten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft zusammengebrochen war, konstituierten sich in den westlichen Zonen – wie im Fall der anderen Parteien auch – die ersten Parteigruppen aus eigener Initiative. Im Ruhrgebiet kamen schon am 30. April 1945 ehemalige kommunistische Funktionäre zusammen, um über die Bildung einer neuen Bezirksleitung für das Ruhrgebiet zu beraten. In Köln vollzog sich seit Juni 1945 die gleiche Entwicklung, ebenso im Bezirk Niederrhein. Sowohl von der Ortsgruppenebene als auch von der Bezirksebene her erfolgte noch vor der Zulassung von Parteien durch die Militärregierung die Sammlung der alten und die Werbung von neuen Mitgliedern sowie der Aufbau neuer Parteigruppen auf den drei kommunalen bzw. regionalen Ebenen.³

Anfang 1946 fanden die ersten Parteidelegiertenkonferenzen in den einzelnen Bezirken der Provinzen Nordrhein und Westfalen statt, auf denen die bis dahin provisorischen Bezirksleitungen von den Delegationsversammlungen bestätigt wurden.⁴ Zu diesem

¹ Gudrun Schädel, Die kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen von 1945 – 1956, Phil. Diss. Bochum, o.J., S. 12ff. Im Folgenden als „Schädel, KPD/NRW“ aufgeführt. Siehe auch Hans Kluth, Die KPD in der BRD. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945 – 1956, Köln, Opladen 1959, S. 19f. Im Folgenden als „Kluth 1959“ zitiert.

² Schädel, KPD/NRW, S. 12.

³ Schädel, KPD/NRW, S. 13ff.; vgl. auch Kluth 1959, S. 19.

⁴ diess., S. 17; s. auch S. 63ff.

Zeitpunkt existierte in der britischen Besatzungszone noch keine zentrale Leitung der kommunistischen Partei.⁵

Am 3. August 1946 wurde eine provisorische Landesleitung für Nordrhein und Westfalen gebildet, deren Vorsitz Max Reimann innehatte. Auf der ersten Funktionärstagung der KPD Nordrhein-Westfalen am 20. September 1946 in Wuppertal erfolgte erst die Wahl einer Landesleitung.⁶

Am 27. August 1946 wurde in Hamburg eine Zonenleitung für die KPD der britischen Zone gegründet, der neben Max Reimann als Vorsitzendem u.a. auch Hugo Paul angehörte. Sitz der Zonenleitung war in Herne.⁷ Die Funktion der Zonenleitung bestand darin, die Arbeit der einzelnen Landes- und Bezirksverbände zu koordinieren. Die Zonenleitung war den Landesleitungen institutionell nicht übergeordnet.⁸

Dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED folgte im April 1946 in der sowjetischen Besatzungszone die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und der KPD der britischen Zone, in der neben den SED-Funktionären Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Max Fechner, Franz Dahlem, Erich W. Gniffke, Käthe Kern und Elli Schmidt für die britische Zone Max Reimann, Kurt Müller, Gustav Gundelach und Hanna Meltzer vertreten waren.

Das zentrale Büro der Arbeitsgemeinschaft befand sich in Berlin. Für die britische Zone wurde das Verbindungsbüro in Herne eingerichtet.⁹ Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft bestand darin, sich mit den spezifischen Problemen in den westlichen Zonen und dort speziell mit der Arbeit der kommunistischen Bezirksverbände zu befassen.¹⁰

Allerdings konnte die beabsichtigte Vereinigung der SED mit der KPD der britischen Zone aufgrund der Weigerung der britischen Militärregierung, diese Fusion zu gestatten, nicht vollzogen werden.¹¹

Festzuhalten bleibt in diesem Zusammenhang, dass die Politik der KPD der britischen Zone von der SED zumindest bis 1949 mitgestaltet worden ist, da beide Parteien bis 1949 Mitglieder des Parteivorstandes der SED gestellt hatten.¹² Die Politik der KPD orientierte sich allerdings auch nach 1949 noch an den Vorgaben der SED.

⁵ diess., S. 19.

⁶ Kluth, 1959, S. 26.

⁷ ders., S. 27.

⁸ ebenda.

⁹ ders., S. 22.

¹⁰ ebenda.

¹¹ ders., S. 24.

¹² ders., S. 25f.

Die innerparteiliche Organisationsstruktur der marxistische-leninistischen Parteien, also auch der KPD, beruhte auf dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, d.h.:

- a) „dass alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden,
- b) dass die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit ihren Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden,
- c) dass alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet.“¹³

Der oben formulierte Beschluss wurde zwar erst 1951 gefasst, das Prinzip des demokratischen Zentralismus hatte aber schon durch seine Festlegung als ein Kriterium für die Aufnahme als Partei in die Komintern im Juli/August 1920, für den innerorganisatorischen Aufbau der KPD nach 1945 Gültigkeit.

1.3.2. Die KPD-Presse

Im Zuge der Lizenzierung der nordrhein-westfälischen Presse erhielt die KPD zu Anfang des Jahres 1946 die Lizenzen für 2 Zeitungen. Dabei handelte es sich um die „Volksstimme“, Köln, und die „Freiheit“, Düsseldorf.¹⁴

Bis zum September 1946 verfügte die KPD über zwei weitere Zeitungen in der britischen Zone, das „Westdeutsche Volksecho“, Dortmund,¹⁵ und das „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“, Detmold¹⁶.

Für die kommunistische Partei hatte die Presse des Marxismus-Leninismus mehrere Funktionen. Neben den, auch den bürgerlichen Medien eigenen Funktionen der Information und Berichterstattung, erhält die Presse die Funktion eines Propagandainstruments des Marxismus-Leninismus. Reue nennt diese Funktion die „drei-einige Funktion als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator des Marxismus-Leninismus“.¹⁷

Sie ist kollektiver Agitator insofern, als sie die Rolle übernimmt, der Mitgliederschaft der KPD im Speziellen und der Arbeiterschaft im Allgemeinen das Bewusstsein um ihre Situation als Klasse im Kampf um den Sozialismus zu vermitteln.

¹³ Art. 15 des Statuts der KPD von 1951, nach Kluth 1959, S. 58.

¹⁴ Kapitel 1.3, Anm. 28 und 31.

¹⁵ Erster Erscheinungstag war der 7. Mai 1946. Die Auflage belief sich auf 147.000 Exemplare. Lizenzträger waren Max Wozniakowski, Willi Perk und Karl Vollmer (Koszyk, 1986, S. 491).

¹⁶ Die Auflage belief sich auf 52.000 Exemplare. Erster Erscheinungstag war der 14. Mai 1946. Lizenzträger waren Philipp Roth, Aloys Schweins und Georg Gassel (ebenda).

¹⁷ Günther Reue, Geschichte des Journalismus in der DDR, Berlin 1986. Im Folgenden aufgeführt als „Reue, 1986“.

Kollektiver Propagandist insofern, als die Presse die Ziele der Arbeiterbewegung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt macht, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital anprangert und die Einheit der Arbeiterklasse propagiert.

Und sie ist kollektiver Organisator des Marxismus-Leninismus insofern, als sie durch die Vermittlung des Bewusstseins der Lage der Arbeiterklasse die Voraussetzungen dafür schafft, die Einheit und den Kampf der Arbeiterbewegung zu initiieren und zu fördern.

In einem Referat Max Reimanns vor dem Redaktionskollektiv des Zentralorgans der KPD „Freies Volk“ vom Februar 1952 fasst der Vorsitzende des Parteivorstandes der KPD die Aufgaben der kommunistischen Presse zusammen: Die Zeitung solle permanent den Volksmassen und hierbei insbesondere der Arbeiterklasse die Politik der Partei vermitteln, indem sie die politischen Ereignisse vom Standpunkt der Partei aus kommentiert. Um der Arbeiterklasse die Ideologie des Marxismus-Leninismus zu vermitteln und das Bewusstsein der Arbeiterschaft als Klasse zu stärken und zu heben, hat die Zeitung die Aufgabe, darüber hinaus sämtliche Beschlüsse und Resolutionen der Partei zu dokumentieren und zu erläutern.¹⁸ Zwar stammt das Referat aus dem Jahre 1952 und ist somit dem hier zugrundegelegten Zeitraum nachfolgend, doch hatten die in diesem Referat dargestellten Aufgaben der Parteipresse auch für die Presse der KPD zwischen 1946 und 1949 ihre Gültigkeit.

Im gleichen Referat führte Max Reimann als weitere Aufgabe der Presse ihre Anleitung der arbeitenden Massen zu politischem Handeln an. Er bezeichnete die Presse als „(...) die kürzeste und direkteste Verbindung der Parteiführung zu den Mitgliedern unserer Partei und zu den Volksmassen“¹⁹.

Dabei beschränke sich die Beeinflussung der Leserschaft nicht nur auf die politische Berichterstattung, sondern umfasse auch den Kultur-, Sport- und Lokalnachrichtenteil der Zeitung. Es gehe darum, die Wahrung sozialer und demokratischer Belange im Bewusstsein des Volkes zu verankern. Zur Durchführung dieser Aufgaben sei es erforderlich, die Zeitungen in einem gut lesbaren, eingängigen Stil zu gestalten, „unsere Zeitungen müssen inhaltlich und in der Sprache echte Volkszeitungen und Arbeiterzeitungen werden, die in einer klaren, einfachen und geschliffenen Sprache geschrieben sind“²⁰.

Um den Kontakt zur Bevölkerung, vor allem zur Arbeiterschaft zu intensivieren, riefen KPD-Funktionäre in den einzelnen Betrieben sogenannte Betriebszeitungen ins Leben, auf die hier nur kurz, der Vollständigkeit halber, eingegangen werden soll.²¹

Ihre Aufgabe bestand darin, politische und wirtschaftliche Ereignisse so zu kommentieren, dass die Belegschaft den Zusammenhang der politischen Geschehnisse mit

¹⁸ Kluth, 1959, S. 96.

¹⁹ ebenda.

²⁰ ders., S. 97.

²¹ S. dazu Kluth, 1959, S. 101ff. und Schädel, KPD/NRW, S. 150ff.

den sie unmittelbar betreffenden, existentiellen Problemen, wie Lohngebung oder soziale Verantwortung, erkennen könne. Das Ziel der Arbeit der Betriebszeitungen bestand in der Organisation und Anleitung der Arbeiterschaft zu politischer Arbeit im Sinne des Marxismus-Leninismus.²²

Es ist offensichtlich, dass sich dieses Verständnis von Ziel und Aufgabe der Presse der KPD nicht mit dem der britischen Militärregierung vereinbaren ließ.

Von der KPD wurden die Maßnahmen der britischen Militärregierung allerdings dahingehend interpretiert, dass die politische Arbeit der Partei in der britischen Besatzungszone mit dem Ziel sabotiert würde, die demokratische Entwicklung in Deutschland zu verhindern.²³

Schon im September 1946, als die britische Militärregierung noch das Modell der Gruppenzeitungen favorisierte, machten Funktionäre der KPD sozialdemokratischen und bürgerlichen Politikern Angebote über die Bildung von gemeinsam herauszugebenden Zeitungen. Sie bedienten sich dabei des Arguments, eine so wichtige Angelegenheit für die Entwicklung Deutschlands dürfe nicht „(...) von irgendwelchen geschäftstüchtigen Verlegern über die Köpfe der Partei hinweg (...)“²⁴ übernommen werden. Zu diesem Zweck sollten die Ortsverbände der jeweiligen Parteien einen Gemeinschaftsverlag gründen, und die Redaktionen auf paritätischer Grundlage besetzen.²⁵ Die von der KPD ergangenen Vorschläge wurden jedoch sowohl von SPD als auch den bürgerlichen Parteien abgelehnt, so dass, nachdem sich die britische Militärregierung auf das Konzept der parteinahen Presse festgelegt hatte, die KPD eigene parteinahe Zeitungen herausgeben musste.

Schon kurz nach ihrer Lizenzierung erfuhr die kommunistisch orientierte Presse Nordrhein und Westfalens eine Auflagenkürzung, da ihr Rückhalt in der Bevölkerung von der britischen Militärregierung bei der Lizenzvergabe zu hoch eingeschätzt worden war.

Die in Düsseldorf herausgegebene „Freiheit“, das Detmolder „Volksecho“ und das in Dortmund erscheinende „Westdeutsche Volksecho“ erhielten 60% weniger Papierzuteilung, die in Köln herausgegebene „Volksstimme“ 18,7% an Papier weniger.²⁶

Die Neuverteilung der Papierkontingente beließ der KPD-nahen Presse nur noch durchschnittlich 50% der ursprünglichen Papierzuteilung.

Das bei weitem problematischste Kapitel stellten im Verhältnis von britischer Militärregierung und KPD der britischen Zone die Auseinandersetzungen um den Inhalt der KPD-nahen Zeitungen dar.

²² Kluth, 1959, S. 101f.

²³ Koszyk, 1986, S. 187f. Siehe auch Rolf Badstübener, Thomas Siegfried, Restauration in Westdeutschland 1945 – 1949, Berlin 1965.

²⁴ Koszyk, 1986, S. 192.

²⁵ ebenda.

²⁶ Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Geschichte, Rechtsstellung, Wirtschaftsbasis und publizistische Funktion der Parteipresse sowie der Parteirichtungspresse bis 1966/67. Diss. Phil. Fak., Münster 1967, S. 56.

So musste das „Volksecho“, Detmold, sein Erscheinen vom 5. Mai 1948 an für drei Monate einstellen. Es hatte in einem Artikel vom 24. April 1948 über die Wahlen in Italien an der Politik der USA Kritik geübt und in einer weiteren Ausgabe ein Manifest der KPD gegen die USA veröffentlicht. Beides erschien der britischen Militärregierung als ein unbegründeter verleumderischer Angriff auf die USA und lief den Richtlinien der Kontrollratsdirektive Nr. 40 zuwider.

Die Direktive Nr. 40 verbot unter anderem den Abdruck von Artikeln, die darauf hinarbeiteten, Uneinigkeit unter den alliierten Mächten und deren Besatzungsstreitkräften hervorzurufen. Nach mehreren Verwarnungen durch den Zivilgouverneur der britischen Besatzungszone musste das „Volksecho“ drei Monate lang auf sein Erscheinen verzichten.

In derselben Erklärung des „Volksecho“ wurde zugleich aber auch der Leserschaft mitgeteilt, dass „Maßnahmen für eine erhöhte Auflage der anderen Zeitungen bis zum Ablauf des Veröffentlichungsverbot (..)“, im Gange seien, so dass die Bezieher der kommunalen Presse auf andere kommunale Zeitungen ausweichen könnten.²⁷

Das „Westdeutsche Volksecho“, das in Dortmund erschien, wurde 1948 in der Zeit vom 3. März bis 16. April für die Dauer von 6 Wochen verboten, und musste schließlich am 4. Mai 1948 sein Erscheinen ganz einstellen. An seiner Stelle wurde im September 1948 die „Neue Volkszeitung“ lizenziert.²⁸ Anstelle der in Düsseldorf herausgegebenen „Freiheit“, die am 3. Januar 1949 von der britischen Militäradministration verboten worden war, erschien die Zeitung „Freies Volk“.²⁹

1.3.3. KPD-Programmatik

1.3.3.1. Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

Die programmatische Grundlage für die KPD in den Westzonen bildete demnach auch der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, der von der Berliner KPD unter Ulbricht, Pieck und Ackermann veröffentlicht worden war.

²⁷ „Volksecho für Westfalen und Lippe“, Jg. 3/48, Nr. 36, Mittwoch, 5.5.1948, S. 1.

²⁸ Lizenzträger waren Heinz Renner, Werner Blumenthal, Paul Dastig und Anni Sand. Die Auflage belief sich auf 150.000 Exemplare. (Koszyk, 1986, S. 482).

²⁹ Die Auflage betrug 235.000 Exemplare. Lizenzträger waren Erich Loch und Georg Gattel. (Koszyk, 1986, S. 482).

Der Aufruf enthält nach der Präambel, die eine Darstellung der historischen Entwicklung zum Nationalsozialismus und seiner Politik und Verbrechen beinhaltet, 10 Forderungen zum Aufbau Deutschlands.³⁰

Im Vordergrund der Grundsätze steht die Aufgabe, „die bürgerlich-demokratische Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen (...)“, um den historischen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entsprechend ein anti-faschistisch-demokratisches Regime, eine parlamentarisch-demokratische Republik zu errichten.³¹

Als die wichtigsten Schritte dazu wurden aufgeführt:

1. „Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei (...)“
2. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung: „Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit (...). Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“
3. „Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes (...)“
4. „Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden (politischen, Anm. der Verfasserin) Selbstverwaltungsorgane (...)“
5. Schutz der Arbeitnehmer vor Ausbeutung, demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter.
6. Enteignung des Nazi-Vermögens und seine Übergabe an kommunale oder provinzielle Selbstverwaltungsorgane.
7. Enteignung des Großgrundbesitzes und Durchführung einer Bodenreform.
8. Überführung der Gemeindeindustrien in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Provinzen oder Länder.
9. Friedliches, aggressionsfreies Zusammenleben mit den Nachbarstaaten Deutschlands.
10. Wiedergutmachung der durch den Nationalismus verursachten Schäden und Verbrechen.³²

Das Aktionsprogramm sollte als Grundlage für einen Block der antifaschistischen demokratischen Parteien, namentlich der SPD, KPD und des Zentrums, dienen.³³

In diesem Aufruf wird deutlich, dass eine umfassende wirtschaftliche Neuorientierung angestrebt wurde, in deren Verlauf die Besitzverhältnisse grundlegend durch Bodenreform, Enteignung und Überführung der Grundindustrien in das Eigentum des Volkes, geändert werden sollten. Gleichzeitig aber wird als Zugeständnis an das Bürgertum ausdrücklich

³⁰ Flechtheim, Bd. III, Berlin 1963, S. 316.

³¹ a.a.O., S. 316.

³² a.a.O., S. 316 – 318.

³³ a.a.O., S. 318.

darauf hingewiesen, dass das Prinzip des Privateigentums anerkannt wird und die private Unternehmerinitiative nicht behindert werden wird.

Der Inhalt des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD konfrontierte die Mitglieder der KPD in den Westzonen, die von der Entwicklung ihrer Partei im Exil seit 1933 weitgehend abgeschnitten waren, mit einer neuen, völlig ungewohnten Denkweise.

Dem Anspruch des demokratischen Zentralismus folgend nahmen die Aufrufe der Funktionärskonferenzen der KPD in der britischen Zone schon seit September 1945 den ZK-Aufruf aus Berlin auf.³⁴

Die Teilnehmer der Funktionärskonferenz des Bezirks Ruhrgebiet bezeichneten in einem Begründungsschreiben an das ZK in Berlin vom 15. September 1945 den Aufruf vom 11. Juni 1945 ausdrücklich als die Basis ihrer politischen Arbeit. Zur Forderung nach Bildung eines antifaschistisch-demokratischen Blocks zum Neuaufbau Deutschlands kam aber seit dem Herbst 1945 das Bestreben der KPD hinzu, eine einheitliche Arbeiterbewegung durch die Fusion von kommunistischer Partei und Sozialdemokratie zu schaffen.

Die angestrebte Fusion der beiden Arbeiterparteien zieht sich als Leitfaden durch die Programmatik der KPD.

1.3.3.2. Die „Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik“

Auch die „Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik“³⁵, die auf der Parteikonferenz vom 2. und 3. März 1946 in Berlin beschlossen worden waren, enthalten diese Forderung. In Kapitel I erfolgt eine Bestandsaufnahme der Schäden, die der Krieg und die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland und an der deutschen Bevölkerung angerichtet haben. Die Konsequenz, die aus dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches zu ziehen sei, sei der „Aufbau nach einem einheitlichen Plan für Industrie, Verkehr und Landwirtschaft (...)“.³⁶ An die Aufzählung der noch erhaltenen „realen volkswirtschaftlichen Werte“ folgte in Kapitel II eine Darstellung der Grundbedingungen für einen „Weg aus der Katastrophe“.

Grundlage für den wirtschaftlichen Aufbau stellt das Aktionsprogramm des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 dar. Danach kann der wirtschaftliche Neuaufbau weder an die „Grundsätze der faschistischen Wirtschaftsführung, noch an die Grundsätze der sogenannten freien Wirtschaft in der Zeit vor 1933 (...)“ anknüpfen. Ebenso kann der wirtschaftliche Aufbau kein sozialistischer sein, da dies der historischen Entwicklung Deutschlands nicht entspreche. Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft muss

³⁴ Schädel, KPD/NRW, S. 26f.

³⁵ „Neuaufbau der Wirtschaft“, in: Die nächsten Aufgaben beim Neuaufbau Deutschlands. Beschlüsse der Parteikonferenz der kommunistischen Partei Deutschlands am 2. und 3. März 1946 in Berlin, Berlin 1946.

³⁶ a.a.O., S. 27.

sich zwangsläufig auf der Grundlage veränderter kapitalistischer Bedingungen vollziehen, da zumindest für die sowjetische Besatzungszone durch verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen veränderte wirtschaftliche Bedingungen herrschten. Durch die Bodenreform wurde „dem preußisch-deutschen Militarismus“ eine wichtige ökonomische Grundlage entzogen. Die noch im Krieg vom Monopolkapital beherrschten Betriebe sind durch die Übereignung an Landes- und Stadtverwaltungen zu Betrieben staatlichen Charakters geworden, so dass nur noch mittlere und kleinere Betriebe privatkapitalistischen Charakter haben.³⁷

Aufgrund des hohen Zerstörungsgrades der deutschen Wirtschaft kann der Neuaufbau nur durch eine „sinnvoll gesteuerte, den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und den Bedürfnissen des ganzen Volkes, angepassten Wirtschaftsplanung“ auf demokratischer Basis erfolgen.³⁸

Die Wirtschaftsplanung wird in den Selbstverwaltungsorganen des Volkes konzipiert, die Wirtschaft führt bei Wahrung ihrer Eigeninitiative die Planung durch, wobei für den Neuaufbau den Kräften der freien Wirtschaft genügend Raum zur Entfaltung gegeben wird.³⁹

Gefordert wird ein Konzept der Wirtschaftsplanung, das auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands abzielt. Da die wirtschaftliche Einheit aber nur durch die politische Einheit Deutschlands erreichbar ist, ist beides dem politischen Konzept der KPD entsprechend „(...) untrennbar verknüpft mit der Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse“, d.h. der Fusion von SPD und KPD.

An der Wirtschaftsplanung, die in Vierteljahresplänen formuliert wird, werden neben den zentralen Landes- und Provinzialverwaltungen, auch Betriebsräte und Gewerkschaften beteiligt werden müssen: „Das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften muss bei der Planaufstellung sich praktisch auswirken, es ist eine unerlässliche Grundbedingung (Hervorhebung im Text) für das Gelingen der Wirtschaftsplanung“⁴⁰.

Es folgt eine detaillierte Auflistung der notwendigen Bestandteile des Wirtschaftsplanes für die einzelnen Wirtschaftsstrukturen.⁴¹

Kapitel IV befasst sich mit der Stellung der Arbeiterklasse in der Nachkriegsgesellschaft und ihrer Rolle beim wirtschaftlichen Neuaufbau. Arbeiterschaft und Betriebsräte haben „den entscheidenden Anteil am Neuaufbau“ und „müssen diesen Anteil bei der weiteren Entwicklung auf allen Gebieten der Wirtschaft und den Selbstverwaltungsorganen sichern“.⁴²

³⁷ a.a.O., S. 29.

³⁸ ebenda.

³⁹ a.a.O., S. 30.

⁴⁰ a.a.O., S. 31.

⁴¹ a.a.O., S. 32ff.

⁴² a.a.O., S. 36.

Eine wichtige Rolle spielt bei der Mitwirkung der Gewerkschaften an Planung und Durchführung der Planung die „(...) organisierte freiwillige Bereitschaft (...)“ und „(...) der Einsatz der Mitgliedermassen“.

Das wirtschaftliche Programm der KPD forderte für Gewerkschaften und Betriebsräte in den folgenden Bereichen die Mitbestimmung:

- „1. in allen Fragen der Produktion der Produktions- und Wirtschaftsplanung bzw. –lenkung;
2. in allen Fragen der sozialpolitischen Gestaltung des neuen Lebens und seiner Institutionen;
3. in allen wirtschaftspolitischen Fragen;
4. in allen Wirtschaftsberatungen der Selbstverwaltungsorgane;
5. in der Organisation der Wirtschaft;
6. in den Arbeitsgerichten; (...)“⁴³

Auch hier folgt zum Schluss des Kapitels die Forderung nach einer geeinten Arbeiterschaft.

Als politische Voraussetzung für den Neuaufbau der Wirtschaft werden in Kapitel V nach einer kurzen Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung 1918 und 1933 die

- „1. restlose Säuberung der wirtschaftlichen Behörden und Verwaltungen von nazistischen Elementen (...),
2. Zerschlagung der Konzerne (Trusts) (...)
3. Liquidierung der Monopole bzw. monopolistischen Gebilde (...)
4. Liquidierung aller Reichs-, Wirtschafts- und Fachgruppen als monopolistische Interessenvertretungen der Unternehmer (...)
5. Übereignung des gesamten Vermögens der Nazikonzerne und Kriegsverbrecher (...) in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Provinzen bzw. Länder (...)
6. Säuberung aller Betriebe von den noch vorhandenen faschistisch belasteten Direktoren (...)
7. Übereignung aller Betriebe, die lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienen (...) in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Provinzen bzw. Länder (...)“⁴⁴ gefordert.

⁴³ a.a.O., S. 37.

⁴⁴ (...) Der weitere Aufbau der Wirtschaft wird nur dann rasch von statten gehen, wenn die geeinte Arbeitskraft alle reaktionären Sabotageversuche und diese Sache in ihre eigenen Hände nimmt.“ A.a.O., S. 38; dort zitiert nach der gemeinsamen EntschlieÙung des Zentralausschusses der SPD und des ZK der KPD vom 21. Dezember 1945.

Den Betriebsräten sollte, den wirtschaftspolitischen Grundsätzen zufolge, auch die überragende Stellung bei der Organisation der wirtschaftlichen Unternehmer zukommen.

Die Entwicklung der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus hatte gezeigt, dass eine Wirtschaftsorganisation, die allein in den Händen der Unternehmen liegt, lediglich auf handelspolitische Möglichkeiten, und damit auf die Expansion des deutschen Imperialismus abzielt.

Die Unternehmerverbände der herkömmlichen Art „(...) waren die kriegswirtschaftlichen Organisatoren der imperialistischen Kriege von 1914 und 1939“⁴⁵.

Die Beteiligung der Gewerkschaften und Betriebsräte an der Wirtschaftsplanung, und die ihnen zugedachte exponierte Stellung in den Planungsgremien sollte eine Wiederholung der Entwicklung von 1914 und 1939 vermeiden. Zusätzlich zu den kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsorganen sowie der alles umfassenden Zentralverwaltung seien demokratische Organe notwendig, die die Selbstverwaltungsorgane der unteren und mittleren Ebene beratend unterstützten, und für die Umsetzung der Anordnungen der Wirtschaftsverwaltung sorgten.⁴⁶

Zu diesen Organen gehören laut Wirtschaftsprogramm:

1. Die Industrie- und Handelskammern,
die an die Weisungen der Verwaltungen für Industrie und Handel gebunden sind. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, Gutachten und Vorschläge für den wirtschaftlichen Aufbau zu erstellen, die Preisbildung und –überwachung zu übernehmen sowie bei der Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen die Behörden zu beraten. Die Zusammensetzung der Industrie- und Handelskammer sah ein Drittel an Mitgliedern, die von den Gewerkschaftsausschüssen gestellt wurden, vor. Ferner sollte ein Drittel der Mitglieder von den Unternehmen und ein Drittel von der Abteilung Arbeit und soziale Fürsorge bei den Provinzial- und Landesverwaltung gestellt werden.⁴⁷
2. Die Handwerkskammern
Ihre Aufgaben liegen ebenfalls auf dem Gebiet der Beratung der Selbstverwaltungsgremien, Rationalisierung der handwerklichen Arbeit und der technischen Ausbildung des Nachwuchses. Die Handwerkskammern sollen sich aus Vertretern des Handwerks, der Arbeit und der Verwaltung zusammensetzen.⁴⁸

⁴⁵ a.a.O., S. 42.

⁴⁶ a.a.O., S. 43. Auch hier wird betont, dass sich die Spaltung der Arbeiterklasse, die zur Entwicklung von 1918 und 1939 mit beigetragen hat, nicht wiederholen darf, d.h. SPD und KPD in einem Aktionsbündnis gemeinsam vorgehen müssen.

⁴⁷ a.a.O., S. 43.

⁴⁸ a.a.O., S. 44.

3. Die Arbeitsausschüsse,

die sowohl bei der wirtschaftlichen Zentralverwaltung als auch bei den Selbstverwaltungsorganen der Gemeinden und Länder angesiedelt sind und zusammen mit den Gewerkschaften arbeiten. Die Arbeitsausschüsse bestehen zu gleichen Teilen aus Verwaltungs- und Gewerkschaftsmitgliedern und sollen Beschlussrecht als Organe der entscheidenden Wirtschaftskräfte erhalten.

Mit der Schaffung dieser auf demokratischer Grundlage basierenden Organe wird den neuen ökonomischen und politischen Bedingungen Rechnung getragen, und „(...) die Erfüllung der friedlichen Planaufgaben und die Erfüllung der berechtigten Interessen des schaffenden Volkes“ gesichert.⁴⁹

Kapitel VII beschäftigt sich mit der Finanzplanung. Im Zusammenhang mit der Sozialisierungsthematik ist hier lediglich von Interesse, dass „Aus politischen und ökonomischen Gründen (...) diese Institute liquidiert werden“ müssen, da sie mit ihrer Geld- und Finanzpolitik zum Aufbau „(...) der Macht des Monopolkapitals, d.h. des deutschen Imperialismus und (...) der Politik des ersten und zweiten Weltkrieges (...)“ beigetragen haben.⁵⁰

Entsprechend ihrer Auffassung von der tragenden Kraft der Arbeiterschaft beim Neuaufbau Deutschlands widmen die Medien, die der KPD nahestehen, den Äußerungen und Vorstellungen der Gewerkschaften einigen Raum in ihren Ausgaben. Das „Volksecho für Westfalen und Lippe“, berichtete in der Ausgabe Nr. 3 von Samstag, den 11. Januar 1947 unter der Überschrift „Konzernberichte dem Volk“ über Gewerkschaftskundgebungen im Ruhrgebiet, auf denen das Thema Eigentumsverhältnisse in der Industrie zur Sprache kam.

Auf den Kundgebungen, die in Hamm und Bochum stattgefunden hatten, wurde gegen Bestrebungen protestiert, die „Westfälische Drahtindustrie“ in Hamm, eine Krupp-Tochtergesellschaft in privaten Besitz zu überführen.

In dem sehr polemisch gehaltenen Artikel kommt zum Ausdruck, dass die Arbeiter nach dem Zusammenbruch den Betrieb mit eigenen Händen wieder aufgebaut hatten und die Absicht bestand, den Betrieb in die Hände des Volkes zu legen. Die Absichten der Arbeitnehmerschaft würden jedoch unterlaufen, indem die ehemaligen Besitzer durch „Strohänner“ versuchten, den Betrieb, der sich noch unter der von den Briten eingerichteten Treuhänderschaft befand, wieder in ihren Besitz zu bringen.

Der Artikel bezeichnet die ehemaligen Besitzer als die Hauptschuldigen des Krieges, die von je her die fortschrittliche Arbeiterschaft bedrückt hatten, und in ihren Betrieben (den

⁴⁹ a.a.O., S. 44f.

⁵⁰ a.a.O., S. 48.

Krupp-Tochterfirmen) die ersten nationalsozialistischen Betriebsgruppen eingerichtet hatten. Zum Schluss des Artikels wiederholt das „Volksecho für Westfalen und Lippe“, dass sich Gewerkschaften und Betriebsräte der „Westfälischen Drahtindustrie“ gegen die Versuche der alten Besitzer wenden, das Werk aufzukaufen. Sie fordern stattdessen „(...) die Überführung des vom Fleiß der Arbeiter neu aufgestellten Werkes in öffentliche Hand“.⁵¹

Die Meldung, die aus einer nichtgenannten Zeitung übernommen worden ist, entspricht von ihrem Inhalt her der Intention der kommunistischen Parteiführung, bei der Leserschaft der KPD-nahen Zeitungen, Solidarität mit der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen und gleichzeitig Argumente für die Forderung nach Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie anzubieten.

Neben der Darstellung der politischen Auffassung der Basis und der Gewerkschaften wurde innerhalb der KPD auch große Aufmerksamkeit den Parteitag gewidmet, gab es hier doch seit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft zum ersten Mal die Möglichkeit, die politischen Standpunkte der KPD der Öffentlichkeit bekannt zu machen.⁵²

Von dem 1. Parteitag der KPD am 19./20. Januar 1946 in Hamm liegen keine Presseberichte vor, da zu dieser Zeit noch keine Zeitungen lizenziert waren.

Thema des 1. Parteitages der KPD des Bezirkes Ruhrgebiet war das Aktionsprogramm des ZK der KPD in Berlin sowie der Appell an die SPD zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterbewegung.⁵³

Unter der Überschrift „Für uns entscheidet, was das Volk will“ berichtet das „Westdeutsche Volks-Echo“ in seiner Ausgabe vom Dienstag, den 11. Februar 1947 über den 2. Bezirksparteitag der KPD Ruhrgebiet, der am 8./9. Februar 1947 in Wanne-Eickel stattfand.

Der Artikel gibt sehr ausführlich den Inhalt des Hauptreferates wieder, das Josef Ledwohn, Vorsitzender der KPD Ruhrgebiet-Westfalen, hielt.

In seiner Bilanz der vergangenen 2 Jahre stellt Josef Ledwohn fest, es sei das Hauptziel des Kampfes der KPD gewesen, „(...) eine neue, normale Grundlage für das Leben unseres Volkes zu erreichen“. Der Weg, der bis dahin beschritten worden sei, sei der falsche, da die Verantwortung für den Aufbau Deutschlands in der Hand von Männern gelegen habe, die den Faschismus an die Macht brachten, den Krieg vorbereiteten und durchführten. Diesen Kräften müsse zugunsten der Werktätigen Macht und Einfluss genommen werden. „(...) die Arbeiter, werden durch ihre Energie, welche in einem arbeitsreichen Leben gestellt wurde, die Schwierigkeiten unseres Lebens meistern und unser Volk auf einen neuen Weg, den Weg des Fortschritts führen“.

⁵¹ „Konzernbetriebe dem Volke“, in: „Volksecho für Westfalen und Lippe“, Jg. 2/47, Nr. 3, Samstag, 11.1.1947, S. 2.

⁵² vgl. dazu auch: Schädel, KPD/NRW, S. 53ff.

⁵³ diess., S. 54f.

Zur Verwirklichung des Neuaufbaus Deutschlands, „für die Übereignung der Betriebe in die Hand des Volkes, für das weitgehendste Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte“, sei die Einheit der Arbeiterklasse notwendig. Dies gelte auch für die Überführung der Kohlengruben in die Hand des Volkes, wo es Aufgabe der kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sei, für die Durchführung des Volksentscheides zur Verstaatlichung der Bergwerke zu kämpfen.⁵⁴

Der 3. Parteitag der KPD Ruhrgebiet-Westfalen fand am 21. Februar 1948 in Recklinghausen statt.

In seiner Grundsatzrede stellte der Vorsitzende der KPD-Ruhrgebiet, Josef Ledwohn, fest, dass die wirtschaftlichen Wurzeln des Faschismus, „die Macht der Monopolisten, Konzernherren und ihrer Nachfolger“ noch nicht gebrochen sei.

Vor dem Hintergrund des European Recovery Program bezeichnete er die Politik des Festhaltens an den kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen als „(...) den Interessen der großen amerikanischen Monopole und Finanzkapitalisten“ entsprechend, die die Verantwortung für die Spaltung der Welt in zwei Lager trügen. In ihrem Sinne sei die Wirtschaft der westlichen Zonengrenze insbesondere des Ruhrgebiets, aufgrund der monopolistischen Ziele der USA weitergeführt worden.

Statt Überführung der Bergwerke in die Hände des deutschen Volkes, wurde die amerikanisch-britische Kohlenbergbauleitung eingerichtet, die Gründung der Deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL) hingegen sei nur ein Vorwand, um besser getarnt die Ziele der amerikanischen Wirtschaft verwirklichen zu können. Die Bildung der DKBL sei nur ein Schritt auf dem Wege zur Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der amerikanischen, der zweite Schritt bestehe darin, Gesellschaften mit mehr als 50% Auslandskapital von Direktoren ausländischer Kapitalgesellschaften leiten zu lassen. Ledwohn bezeichnete das errichtete Wirtschaftssystem als ein „Wirtschaftssystem kapitalistischer Prägung mit kolonialem Charakter“.⁵⁵

⁵⁴ „Für uns entscheidet, was das Volk will“, in: „Westdeutsches Volks-Echo“, Jg. 2/47, Nr. 12, Dienstag, 11.2.1947.

⁵⁵ „Interessen des werktätigen Volkes im Vordergrund“, in: „Westdeutsches Volksecho“, Jg. 3/48, Dienstag, 24. Februar 1948.

1.3.4. Zusammenfassung

Kennzeichnend für die Politik und Programmatik der KPD war ihre Ausrichtung auf eine Fusion der beiden Arbeiterparteien. Dabei spielte das Thema Sozialisierung nur eine untergeordnete Rolle. In dieser Hinsicht ist auch der starke Bezug auf die Arbeitnehmersvertretungen bzw. die Vertretung der Arbeitnehmerforderungen in der KPD-nahen Presse nachvollziehbar. Hier sollte in der Öffentlichkeit das Bild verstärkt werden, dass einzig die KPD sich offensiv für die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer „vor Ort“ einsetze.